

# SPD demokratischer pressediens

P/XXV/196

16. Oktober 1970

## Soziale Sicherung im Vordergrund

Von Kurt Parzsch SPD-MdL  
Sozialminister des Landes Niedersachsen

Seite 1 und 2 / 92 Zeilen

## Steuern und Steuergerechtigkeit

Ein Beitrag zur Vermögensbildung in  
breiten Schichten

Von Dr. rer. pol. Wilhelm Nöling SPD-MdB

Seite 3 bis 5a / 132 Zeilen

## Gefährliche Begriffsverwirrung

Ein notwendiges Wort zu unserer Rechtsordnung

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 6 / 36 Zeilen

## Brasilien "Bischof der Armen" in Bonn

Dom Helder Camara spricht über Entwicklungs-  
hilfe-Probleme

Seite 7 und 8 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 8037-38  
Telex: 866 848/886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Soziale Sicherung im Vordergrund

Von Kurt Partzsch SPD-MdL  
Sozialminister des Landes Niedersachsen

Die niedersächsische Landesregierung sieht eine wichtige Aufgabe in der Früherkennung von Krankheiten. Aber auch die Früherfassung und Frühbehandlung von Behinderten sowie deren Eingliederung in die Gesellschaft muß zu einer gemeinsamen Aufgabe aller werden.

Dazu gehört der Ausbau des Netzes bedarfs- und leistungsgerechter Krankenhäuser im Rahmen des niedersächsischen Krankenhausschwerpunktsprogramms. Außerdem müssen überregional größere Spezialkliniken geschaffen und die Einrichtungen für Langlieger vermehrt werden. Die nicht landeseigenen Krankenhäuser sind auch künftig weiter zu modernisieren und auszubauen. Deshalb wird sich die Landesregierung für die Erhöhung der Zuschüsse für Investitionen in Krankenhäusern einsetzen. 1971 soll in Niedersachsen mit dem Bau oder mit der Erweiterung von 39 Krankenhäusern begonnen werden. Bereits im Bau sind 20 Krankenhäuser, die bis Ende 1971 fertig sein werden.

Verbessert werden muß auch die Lage der psychisch Kranken und der geistig und seelisch Behinderten in unserem Lande. Ein wichtiger Schritt dabei ist die planmäßige Fortsetzung der Sanierung der psychiatrischen Landeskrankenhäuser - wie sie in dem vorhandenen Zehnjahresprogramm festgelegt ist - sowie die Einrichtung von Tag- und Nachtkliniken und von beschützenden Werkstätten. Unbedingt zu aktivieren ist die nachgehende Fürsorge für alle Formen psychischer Erkrankungen; dazu gehören ganz besonders auch die Suchtkrankheiten. Fortgesetzt werden müssen die Schutzimpfungen gegen übertragbare Krankheiten, und zwar besonders gegen die Kinderlähmung, sowie die Maßnahmen zur Verminderung der Mütter- und Säuglingssterblichkeit sowie Vorsorgemaßnahmen gegen Krebs und andere Zivilisationskrankheiten.

In einem Zehnjahresprogramm zum Ausbau des Unfallrettungsdienstes in Niedersachsen sind der Aufbau eines funktionstüchtigen Meldesystems und ein Transportdienst mit rund 1.000 Transportfahrzeugen mit einheitlicher Ausrüstung geplant. Außer den bisher eingesetzten Krankentransportwagen sind besondere Notarztwagen erforderlich, die bei den Krankenhäusern stationiert und mit vielfältigen medizinisch-technischen Einrichtungen versehen sein sollen. Bei der wichtigen Aufgabe, Schwerverletzte auf dem schnellsten Wege vom Unfallort ins nächstgelegene Krankenhaus zu bringen, ist auch an den Einsatz von Hubschraubern gedacht. Schon heute ist im Krankenhausschwerpunktprogramm des Landes

die Anlage von Hubschrauberlandeplätzen in unmittelbarer Nähe wichtiger Krankenhäuser verbindlich vorgesehen.

Besondere Anstrengungen der ersten rein sozialdemokratischen Regierung in der Geschichte des Landes Niedersachsen gelten selbstverständlich der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Nur durch einen wirklich funktionierenden Wohnungsmarkt mit einem angemessenen Angebot von Wohnungen kann den Auswüchsen wirkungsvoll begegnet werden.

Hinzu kommen die immer dringender werdenden Aufgaben bei der Sanierung überalterter und nicht mehr funktionsfähiger Wohngebiete in unseren Städten und Dörfern. Diese Sanierung ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung unserer sozialpolitischen Ziele. Darüber hinaus ist sie eine Voraussetzung für unsere Bemühungen um regionale Wirtschaftsförderung. Hier ist auch der Bau von Dorfgemeinschaftshäusern zu nennen, der zur Aktivierung des gemeindlichen Lebens in ländlichen Bereichen verstärkt zu fördern ist.

1971 sollen etwa 10.000 Wohnungen, davon rund 5.000 Mietwohnungen und 2.000 Eigenheime, öffentlich gefördert werden. Dazu gehören auch Altenwohnungen, Wohnungen für Flüchtlinge und Vertriebene sowie neue Wohnungen im Zuge der Stadt- und Dorferneuerung. Hinzu kommen 2.000 Heimplätze in Wohnheimen aller Art. Allein für die Versorgung der Älteren Mitbürger unseres Landes sind für die nächsten vier Jahre 6.000 Altenwohnungen und 4.000 Plätze in Altenheimen vorgesehen. Dringend erforderlich ist die Fortsetzung der Förderungsmaßnahmen des Landes zur Instandsetzung und Modernisierung erhaltenswürdiger Altbauwohnungen. Für 1971 sind dafür eine Million Mark eingeplant. Unser Ziel ist es, jährlich etwa 1.500 Wohnungen zu modernisieren.

Ein Schwerpunkt niedersächsischer Sozialpolitik bleibt auch in den kommenden Jahren Eingliederung und Wiedereingliederung körperlich, geistig und seelisch Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Hierzu muß das System vielfältiger Hilfen für Behinderte verbessert und erweitert werden. Wir werden nach Kräften den Bau von Sonderkindergärten, Tagesbildungsstätten, Sonderschulen sowie Werkstätten und Heimen für Behinderte weiterhin fördern. Auf der Grundlage bereits erarbeiteter langfristiger Ausbauprogramme sollen auch die Einrichtungen des Landes für Blinde und für Taubstumme vergrößert und modernisiert werden. Für alle diese Aufgaben sind hohe Mittel aus dem Landeshaushalt bereitzustellen. Sie sind jedoch gerechtfertigt, weil dadurch nicht nur menschliche und gesetzliche Verpflichtungen erfüllt werden. Durch die Eingliederung Behinderter in den Arbeitsprozeß werden in starkem Maße auch volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen geleistet.

Von den vielfältigen Aufgaben aus meinem Arbeitsgebiet kann ich hier verständlicherweise nur einige wichtige Bereiche darstellen. Aber auch an ihnen wird zu messen sein, wie eine sozialdemokratische Regierung die drängenden Probleme im Gesundheits- und Sozialbereich bewältigen wird. Nicht geschrieben habe ich in diesem Zusammenhang über die Fragen der Sicherheit am Arbeitsplatz und im Verkehr sowie des Umweltschutzes, die von ständig steigender Bedeutung sind. Meine Auffassungen zu diesem Thema werde ich in einem späteren Artikel erläutern.

### Steuern und Steuergerechtigkeit

#### Ein Beitrag zur Vermögensbildung in breiten Schichten

Von Dr. rer. pol. Wilhelm Nöling SPD-MdB

In einer nicht gerade kleinen Anzeige in der "Welt" vom 3. Oktober 1970 wurde gefragt, ob man "die Wurst mit dem Finanzamt teilen" wolle. Das brauche nämlich nicht zu sein. Man könne seine "Steuern richtig anlegen" d.h. mit Hilfe sachkundiger Berater "Steuern" spricht "Steuerschuld" in "Vermögen" spricht: "Vermeidung der Zahlung dieser Steuerschuld" verwandeln, d.h. auf Kosten der Staatskasse Vermögen bilden. Auf völlig legale Weise natürlich.

Diese Anzeige eignet sich gut als Anlaß für einen Artikel, der sowieso geschrieben werden sollte. Es muß einmal gefragt werden, wer denn eigentlich in diesem Staate Steuern zahlt oder mit Hilfe von nichtgezahlten Steuern auf Kosten der Allgemeinheit Vermögen bildet. Hierüber gibt die im Anhang abgedruckte Tabelle einige Hinweise. Zugegeben: Diese Tabelle ist nicht leicht zu lesen. Sie offenbart jedoch Entwicklungstendenzen, die besonders einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung nicht gleichgültig sein können.

1/ In den ersten Monaten 1970 haben die Einnahmen aus den drei aufgeführten Steuerarten um 3.755,9 Milliarden DM gegenüber derselben Zeit des Vorjahres (+ 12,4 vH.) zugenommen.

2/ Die veranlagte Einkommensteuer hat ein Minus von 965,2 Millionen DM, gleich 10,8 vH., erbracht.

3/ Die Körperschaftsteuer hat ein Minus von 571,3 Millionen DM, gleich 10,4 vH., ergeben.

4/ Die Lohnsteuer hat ein Plus von 5.292,4 Milliarden DM, gleich 33,5 vH., erbracht.

5/ Während das monatliche Aufkommen an Lohnsteuer also relativ gleichbleibt, bzw. gleichmäßig zunimmt, weisen die monatlich eingehenden Vorauszahlungen auf die Gewinnsteuern erhebliche Schwankungen auf. Bei der Körperschaftsteuer beispielsweise sind

im März 1970 rd. zwei Milliarden DM gezahlt worden, im August 1970 aber nur 75,6 Millionen. Ähnlich verhält es sich bei der Einkommensteuer als Folge der vierteljährlichen und nicht monatlich festgelegten Steuerzahlungstermine.

6/ Falls nicht noch ein Wunder geschieht, wird der Bundesfinanzminister am Ende des Jahres 1970 feststellen müssen, daß der erhoffte Zuwachs der beiden Gewinnsteuern, bei der veranlagten Einkommensteuer plus 13 vH., in diesem Jahr nicht nur ausbleiben, sondern das Aufkommen sogar abgenommen haben wird. Das dürfte ein in der Finanzgeschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang sein. Bei Gewinnsteigerungen in den Jahren 1968 von plus 17,5 vH. und 1969 von plus 5,5 vH. (Zahlen des Deutschen Industrie-Instituts) und Dividendensteigerungen im Jahre 1969 von 25 vH. gehen im Jahre 1970, bei ohne Zweifel weiter steigenden Gewinnen mindestens in der Größenordnung des Jahres 1969, wahrscheinlich weniger Gewinnsteuern ein als im Jahre vorher, während die Lohnsteuerzunahmen schwindelerregende Proportionen angenommen haben.

Welche wesentlichen Gründe lassen sich für diese Entwicklung finden?

1/ Besonders starkes Nachhinken der Einkommensteuer-Veranlagung für 1968 und 1969, unter anderem deshalb, weil Veranlagungsbeamte beim Lohnsteuerjahresausgleich 1969 eingesetzt worden sind; so das Bundesfinanzministerium.

2/ Anträge auf Herabsetzung der Vorauszahlungen wegen Kosten-erhöhungen; so das Bundesfinanzministerium.

3/ Steuerrückerstattungen im Rahmen der Veranlagung von Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer, die das Aufkommen der Einkommensteuer, aber nicht das der Körperschaftsteuer, schmälern. Dem stehen jedoch in der Höhe ebenfalls nicht bekannte Nachzahlungen gegenüber. Die weitere Erklärung des Bundesfinanzministeriums, daß ein Drittel des Lohnsteuerjahresaufkommens (rund 8,5 Milliarden DM im Jahre 1969), das von "Einkommensteuerpflichtigen" Lohnsteuerzahlern aufgebracht wird, eigentlich zur Kategorie der "Einkommensteuer" gehöre und dort auch gezahlt werden müsse, vermag deshalb nicht zu überzeugen, weil es sich vom sozialen Status her gesehen eben um abhängig Beschäftigte und nicht um Selbständige handelt, die diese Steuer gezahlt haben (Vergleiche Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Reischl auf meine Anfrage im Bundestag am 26. Februar 1970).

4/ Unübersehbare Inanspruchnahme der steuerlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vom 18. August 1969 (Investitionszulagen von 7,5 bzw. zehn vH.). Die "gesellschaftspolitischen Bedenken, nach denen durch die Gewährung von Investitionszulagen ... einseitig die Einkommen und die Vermögensbildung in Unternehmerhand begünstigt würden" (so: Finanzbericht von 1970) scheinen voll und ganz berechtigt.

5/ In der Bundestags-Drucksache VI/539 vom 25. Februar 1970 (Stellungnahme des Bundesrechnungshofes) heißt es auf Seite 31 f:

"Die Finanzverwaltungen ... sind ausserstande, die vorgeschriebenen oder erforderlichen Betriebsprüfungen in angemessenen Zeitabständen oder - zum Teil - überhaupt noch durchzuführen. Das führt zu nicht mehr erträglichen Ungleichmäßigkeiten bei der Besteuerung und auch zu großen Steuerausfällen." Die Prüfungsturnus bei 430.000 Mittelbetrieben mit Gewinnen von 25.000 DM sowie bei freien Berufen und ähnlichen Leistungsbetrieben mit Gewinnen von 50.000 bis 300.000 DM betrug in einem Oberfinanz-Bezirk 5,8 Jahre, in einem anderen jedoch 16,3 Jahre. Für 80.000 Kleinbetriebe mit Gewinnen zwischen 12.000 und 50.000 DM gab es Prüfungsabstände von 15,5 Jahren in einem und 74,7 Jahre in einem anderen Bezirk.

Vor diesem Hintergrund wird erst recht deutlich, mit welcher Unverfrorenheit und Verantwortungslosigkeit die Mittelstandsideologen der CDU/CSU wie Gewandt, Schmücker, Lampersbach usw. vorgehen. Anstatt zuzugeben, daß es ihrem Anhang in Bezug auf Einkommenssteigerungen einerseits und Steuerbelastungen andererseits im Durchschnitt noch nie so gut gegangen ist wie unter der jetzigen Regierung, fordern sie weitere Steuererleichterungen in der abenteuerlichen Größenordnung von über drei Milliarden DM.

Die hier aufgezeigten Probleme sind vor allem unter Konjunktur- und Verteilungsgesichtspunkten zu sehen. Eine Verringerung der Steuerbelastung der Unternehmer und Selbständigen heizt die Investitions- und Verbraucherkonjunktur an. Vielleicht würde schon eine steuerliche Erfassung der Gewinne nach dem geltenden Recht zu einer Nachfragedämpfung in der Vergangenheit geführt haben, die manche Maßnahmen der jetzigen Bundesregierung zur Konjunktursämpfung überflüssig gemacht hätte. Verteilungspolitisch ist es untragbar, die Sparfähigkeit der breiten Massen durch progressive Besteuerung nach dem Quellenabzugsverfahren rigoros zu beschneiden, die notwendigen Reformen aber trotzdem nicht durchführen zu können, weil der private Sektor sich sowohl bei seinen Ausgaben als auch bei seiner Steuerelbststeinschätzung nach Herzenslust und zum eigenen Vorteil austoben kann.

Die Regierung muß einer sich anbahnenden Entwicklung zu einer Zwei-Klassengesellschaft von Steuerzahlern, nämlich solchen, die "ihre Wurst mit dem Finanzamt teilen müssen" und solchen, die selbst entscheiden können, wieviel sie von der Wurst behalten wollen, entgegenwirken. Das ist ja auch das Ziel der von Alex Möller gewollten Steuerreform. Die Ansatzpunkte für eine Reform der Gewinnbesteuerung sind aus der Problem- und Ursachenanalyse klar geworden: Der Veranlagungsrhythmus der Gewinnsteuern muß geändert werden, die Steuervorauszahlungen müssen entweder schneller an sich verändernde Gewinnsituationen angepaßt und auf monatliche Zahlungen umgestellt oder es müssen Zinsen für Steuernachzahlungen erhoben werden; das Steueränderungsgesetz 1969 vom 18. August 1969 muß auf seine volkswirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und verteilungspolitischen Auswirkungen überprüft, und die Finanzämter müssen schließlich in die Lage versetzt werden, die Erhebung der Steuern durch funktionierende Betriebsprüfungsdienste zu sichern. Daneben bleiben die Forderungen nach einer Entlastung der Lohnsteuerzahler bestehen; sie werden durch unsere Analyse erhärtet.

Steuereinkommen nach Steuerarten

- monatlicher Vergleich zwischen 1969 und 1970 -

Zeit	Einkommensteuer			Körperschaftsteuer					
	Wrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat absolut (in Mio. DM)	I. VH.	Wrd. DM	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat absolut (in Mio. DM)	I. VH.			
Jan. 70	3.206,5	+ 576,9	+ 21,9	358,8	- 26,7	- 6,9	283,2	- 127,9	- 33,1
Feb. 70	2.290,2	+ 400,8	+ 21,2	166,7	- 36,2	- 17,6	134,7	- 11,0	- 7,5
März. 70	1.988,7	+ 412,1	+ 26,1	2359,0	- 60,9	- 1,8	1.999,9	+ 1,5	+ 0,4
Apr. 70	2.228,5	+ 506,2	+ 25,4	216,2	- 171,5	- 44,4	35,2	- 98,3	- 73,1
Mai 70	2.374,7	+ 704,5	+ 42,2	130,6	- 168,5	- 56,3	206,0	- 79,8	- 42,9
Juni 70	2.567,0	+ 617,0	+ 31,6	3458,2	- 95,2	- 2,7	2.112,1	- 153,4	- 6,8
Juli 70	3.060,0	+ 1.002,7	+ 48,7	234,6	- 288,2	- 55,2	170,2	- 54,8	- 24,4
Aug. 70	3.368,2	+ 1.072,2	+ 46,7	172,3	- 117,4	- 40,5	75,6	- 47,6	- 38,6
	21.083,8	+ 5.292,4	+ 33,5	8106,4	- 965,2	- 10,8	4.917,9	- 571,3	- 10,4

Quelle: Vom Verfasser zusammengestellt und errechnet aus den monatlichen "finanzpolitischen Mitteilungen" des Bundesfinanzministeriums

+ +

### Gefährliche Begriffsverwirrung

Ein notwendiges Wort zu unserer Rechtsordnung

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-NdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Aktion einer aus einigen kinderreichen Familien, Studenten, Lehrlingen und Gasterbeitern bestehenden Gruppe, leerstehende Wohnungen eines Hauses im Frankfurter Stadtteil Westend gegen den Willen des Hausbesitzers zu beziehen, hat ungeachtet ihrer Widerrechtlichkeit viel Sympathien bei der Bevölkerung gefunden. Das ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß diese "Hausbesetzung" als eine Demonstration gegen tatsächlich skandalöse Formen des Mietwuchers und der Bodenspekulation betrachtet werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist wohl auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Sympathien für die Motive bekundet werden, die hinter solchen Aktionen stecken. Wenn allerdings aus diesen Kreisen der Sympathisanten in einer großen Wochenzeitung erklärt wird, "auch wenn die Hausbesetzung rechtswidrig wäre", so handele es sich hier doch um eine "völlig legitime Aktion", dann ist damit die Grenze des Zulässigen eindeutig überschritten. Ganz abgesehen davon, daß es auch bei wohlwollender Betrachtung der Aktion unsinnig ist, durch vage Formalisierungen die Möglichkeit eines Zweifels an der unbestreitbaren Rechtswidrigkeit einzuräumen, wird doch einer willkürlichen Auslegung des Rechts Tür und Tor geöffnet, wenn man durch den Begriff "legitim" gesetzliche Grundlagen gewissermaßen zu überbieten und damit außer Kraft zu setzen versucht. Ein solches Unterfangen läuft letztlich auf die Rechtfertigung eines "übergesetzlichen Notstands" hinaus, und es besteht die Gefahr, daß eine derartige Denkweise Modellcharakter gewinnt. Daß hierdurch sehr leicht der Boden für ein Unterlaufen unserer Rechtsordnung bereitet werden kann, müßte jeder aus unserer Vergangenheit, in der Demagogen sich solcher Mittel bedienten, wissen.

Sicherlich gibt es noch manche Lücken und Unzulänglichkeiten in unseren Gesetzen, die eine wirksame Bekämpfung von Mietwucher, Bodenspekulation oder auch anderen Mißständen erschweren. Hier Abhilfe zu schaffen, ist aber allein die Pflicht des auf legale Weise demokratisch legitimierten Gesetzgebers, und es sollte deshalb sorgsam vermieden werden, auch nur verbal den Anschein zu erwecken, man könne ihm in der Erfüllung dieser Pflicht zuvorzukommen.

+ - +

## Brasiliens "Bischof der Armen" in Bonn

---

### Dom Helder Camara spricht über Entwicklungshilfe-Probleme

Am 23. Oktober wird in der Bonner Beethovenhalle Dom Helder Camara, Erzbischof von Olinda und Recife Brasiliens, den Auftakt zu einer Disputation des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik mit Darlegungen über die großen und dringlich zu lösenden Nöte der Dritten Welt geben. Bundesminister Dr. Erhard Eppler wird über die Entwicklungsaufgaben zur zweiten, 1970 begonnenen Entwicklungsdekade aus deutscher Sicht sprechen, und Prof. Dr. Dams, Mitglied des dreiköpfigen Präsidiums des erst wenige Wochen ins Leben gerufenen Forums, wird die Veranstaltung einleiten. Erzbischof Camara wurde vor kurzem von dem Münsteraner Bischof Tenhumberg, Präsident des katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden, trotz der kritischen Einstellung des brasilianischen Erzbischofs von Diamantina, Geraldo Sigau, zu seinem Amtshrunder Camara, für den Friedensnobelpreis 1970 vorgeschlagen, und deutsche katholische Jugendliche der "Kritischen Gemeinde" entrollten auf dem Katholikentag in Trier Spruchbänder mit der Forderung "Friedensnobelpreis für Dom Helder Camara!"

Der "Bischof der Armen und Unterdrückten", wie Helder Camara, Sohn eines Buchalters und einer Volksschullehrerin, vom Volk und von seinen Freunden und Anhängern genannt wird, hat sich wegen seiner offenen Kritik über das soziale Elend der Massen Brasiliens und wegen seiner Forderungen nach Schaffung moderner Sozialstrukturen für die Pächter und Landarbeiter die Feindschaft der Mächtigen, die zugleich die Privilegierten sind, zugezogen. Die kleinen, aber starken Gruppen der Landbesitzer hören erschreckt Camaras Wort vom "internen Kolonialismus Brasiliens", wonach sich Brasilianer auf Kosten von anderen Brasilianern bereichern, "die in einer Situation gehalten werden, die derjenigen der früheren afrikanischen oder asiatischen Sklaven gleicht, wenn sie nicht noch schlimmer ist".

Der "Bischof der Armen und Unterdrückten", ein kleiner, zierlicher Mann, mahnt unermüdlich, die Sozialstrukturen nicht nur im eigenen Lande zu ändern. Seine Aktivität umspannt die ganze Welt. - Nach Bonn kommt er aus Tokio, im Mai dieses Jahres berichtete er im Pariser Sportpalast von Folterungen durch die brasilianische Polizei -, weil nach seiner Meinung die Beziehungen zwischen den beiden Welten - der entwickelten und der unterentwickelten - in eine Sackgasse ge-

raten sind. Die Industrieländer seien unfähig, zu verstehen, wie die unterentwickelte Welt zur Entwicklungshilfe stünde. So sehr die Dritte Welt an den Erfahrungen der wirtschaftlich entwickelten Länder interessiert sei, sie müsse aber - wie auch Brasilien - ihren eigenen Weg gehen. Wenn die Industrieländer der Dritten Welt zu Hilfe komme, müsse sie die Versuchung überwinden, ihr eigenes Abbild den Entwicklungsländern aufzuerlegen.

Der Friede der Welt steht auf dem Spiele, sagt Bischof Helder Camara in seinem Buch "Revolution für den Frieden" und fährt fort: "Die Jugend, vor allem die Jugend, verliert die Geduld und schlägt verzweifelte Wege der Gewalt und des Radikalismus ein. Es ist dringend notwendig zu zeigen, daß die demokratischen Prozeduren ihren Wert haben." Für sich bekennt er: "... Aber ich selbst glaube nicht an den Haß. Das Problem besteht nicht darin, einige Anführer zu ersetzen und mit Gewalt Änderungen durchzusetzen, die auf friedlichem Wege immer wieder aufgeschoben wurden, auf dem Papier blieben oder nicht einmal verstanden wurden. Was ohne eine erzieherische Arbeit, ohne eine Umbildung der Mentalität geschieht, hat keine Wurzeln. ... Die Universitäten hätten sich schon mit der Frage zu beschäftigen, ob die Beziehungen zwischen der entwickelten Welt und der unterentwickelten Welt falsch strukturiert sind; ob tatsächlich das Problem nicht ein Problem der Entwicklungshilfe, sondern der weltweiten Gerechtigkeit ist, so daß es notwendig wird, die internationale Handelspolitik grundsätzlich zu ändern.

Wenn die geistlichen Anführer aller Regionen - der christlichen wie der nichtchristlichen - sich vereinigen könnten; wenn sie dabei auch die Mitarbeit von aufrichtigen Agnostikern und Atheisten akzeptieren würden, die Durst nach der Wahrheit haben: dann wären wir in der Lage, einer solchen Überprüfung der Beziehungen zwischen den Entwickelten und Unterentwickelten eine enorme moralische Deckung zu verschaffen. (Und wenn die Frage einer weltweiten Gerechtigkeit im Spiel ist, dann handelt es sich gleichzeitig um den Frieden der Welt)."

Dieser furchtlose Bischof, dessen engster Mitarbeiter von Rechtsextremisten ermordet wurde und der seinen Bischofspalast gegen eine Zweizimmerwohnung getauscht hat, wird am 23. Oktober der Disputation in Bonn sicherlich Schwung geben. Es wird auch die Deutsche "Christliche Arbeitnehmerjugend (CAJ)" dabei sein, von der sich drei Vertreter in der letzten Woche Zutritt zur Brasilianischen Botschaft in Bad Godesberg verschafft haben, um Auskunft darüber zu erhalten, wo die von der brasilianischen Polizei verhaftete CAJ-Führung geblieben ist. Eine Antwort haben sie bis jetzt nicht erhalten.

Heinz Cokhardt